Antrag Nr. 0003/2008/AN

Antragsteller: GAL-Grüne, BL, CDU, SPD

Antragsdatum: 16.01.2008

Stadt Heidelberg Dezernat I, OB-Referat - Geschäftsstelle Sitzungsdienste

Informationspflicht gegenüber Bezirksbeiräten über Verbleib von Anträgen

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff. Letzte Aktualisierung: 10. März 2008

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	30.01.2008	Ö		
Haupt- und	20.02.2008	Ö		
Finanzausschuss				
Gemeinderat	06.03.2008	Ö		

Antrag Nr. 0003/2008/AN 00185471.doc

•••

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 30.01.2008

Ergebnis: verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss

Antrag Nr. 0003/2008/AN 00185471.doc

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2008

Ergebnis: behandelt

Antrag Nr. 0003/2008/AN 00185471.doc

Sitzung des Gemeinderates vom 06.03.2008

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr. 0003/2008/AN 00185471.doc

Antrag Nr.:0003/2008/AN

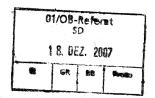
10-0EK-CMM1 12:7P ANN:

AN:5810590

5:1/2

GAL-Grüne Gemeinderatsfraktion Heidelberg

GAL-Grilne Gemeinderatsfraktion / Rohrbacher Str. 39 / 69115 Heldelberg







fon: 06221 / 16 28 62 fax: 06221 / 16 76 87 eMail: gal-heldelberg@t-online.de www.gruenes-heldelberg.de

Heidelberg, 18.12.2007

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister.

die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner beantragen gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

Informationspflicht gegenüber Bezirksbelräten über Verbleib von Anträgen

- Bericht der Verwaltung
- 2. Diskussion und Aussprache
- 3. ggf. Anträge

im öffentlichen Teil der Tagesordnung des nächsten Gemeinderates.

Begründung:

Die ehrenamtliche Arbeit der Bezirksbeiräte sollte seitens der Verwaltung besser strukturiert und unterstützt werden. Zu Anträgen, die in den Bezirksbeiräten gestellt/behandelt und dann an die entsprechenden Gremien weiter verwiesen werden erhalten die Bezirksbeiräte aber keine Rückmeldung.

Wir wollen eine Informationspflicht der Verwaltung gegenüber den Bezirksbeiräten beschließen, um sicherzustellen, dass die Bezirksbeiräte wissen, in welchem Verfahrensgang sich ihre Anträge gerade befinden und mit welchem Ergebnis diese abschließend behandelt wurden. Sonst wird ehrenamtliches Engagement schnell zur Einbahnstraße.

Die Verwaltung soll einen praktikablen Vorschlag vorlegen, wie sie diesen Informationsfluss sicherstellen kann.

gez. GAL-Grüne-Fraktion

gez. Dr. Arnulf Kurt Weiler-Lorentz, BL

gez. Kristina Essig, Monika Frey-Eger, Dr. Jan Gradel, Ernst Gund, Werner Pfisterer, Prof. Dr. Hans-Günther Sonntag, *CDU*

qez. SPD-Fraktion